



Auch hier: ein Lehrer!

DIE ROLLE DER LEHRPERSON

| Willkommen im Schulzimmer | LCH: Beat Zemp über die Rolle der Lehrperson in der heutigen Gesellschaft | Erster Nationaler Bildungstag in Bern | Portrait: Wertschätzung | Pagina: Miu scolast ideal – mia scolasta ideala | Schulgesetz: Anpassungen erforderlich | Blick über die Kantonsgrenze | Agenda | Abfallunterricht – ein Abfallthema? | Amtliches |

THEMA

Die Rolle der Lehrperson in der heutigen Gesellschaft

von Beat W. Zemp, LCH-Präsident 4

«Eine Landsgemeinde der Bildung»

Schweizer Bildungstag in Bern 9

PORTRAIT

Claudio Caviezel

Primarschule Rhäzüns 12

AUS DER GESCH. FTSLEITUNG

Anpassungen des Schulgesetzes erforderlich 14

PAGINA RUMANTSCHA 21

PAGINA GRIGIONITALIANA 22

DIES UND DAS 23

AGENDA 27

AMTLICHES 31

IMPRESSUM 31

Willkommen im Schulzimmer!



Am Morgen stehe ich in der Tür, um meine Schülerinnen und Schüler per Handdruck zu begrüssen und im Schulzimmer willkommen zu heissen. Beim Blick in die neugierigen, witzigen und verträumten Augen, denke ich, wie bereichernd es ist, mit Schülerinnen und Schülern arbeiten zu dürfen.

Anschliessend nehmen sie in ihren Bänken Platz und los geht's! 20 Augenpaare beobachten mich aufmerksam. Kein Tag ist gleich wie der andere und jeder voller Überraschungen. Dabei übernehme ich als Klassenlehrerin viele verschiedene Rollen. Einerseits übernehme ich Führungs- und Koordinationsarbeit für die Schulklasse. Andererseits diene ich als Drehscheibe für alle Sozialkontakte sowie schulische und ausserschulische Spezialdienste. Zudem sollte ich Lehr- und Lernspezialistin, Lernbegleiterin, Vertrauensperson, Erzieherin und Teamplayerin sein.

Egal in welcher Rolle, Lehrpersonen sind in ihren Handlungen immer ein Vorbild für die Schülerinnen und Schüler. Es ist erwiesen, dass Vorbilder - seien dies Eltern, Lehrpersonen oder andere - entscheidend dazu beitragen, was aus den Kindern und Jugendlichen wird. Die Erkenntnis vieler Untersuchungen erstaunt darum nicht: Die Beziehung zwischen Lehrperson und Klasse ist das Erfolgsgeheimnis guten Unterrichts.

Für viele Schülerinnen und Schüler ist Schule mehr als ein Ort des Lernens, für sie ist es ein Lebensort. Die Schule übernimmt in unserer Gesellschaft eine wichtige Funktion, sie versucht der zunehmenden Beziehungslosigkeit entgegenzutreten. Der Lebensort Schule kann den Lernenden dabei Halt geben und nebst kognitivem auch emotionales und soziales Lernen ermöglichen. Denn die Schule hat vor allem ein Ziel: die Kinder und Jugendlichen fit fürs Leben zu machen.

Um all diesen Aufgaben gerecht zu werden, brauchen wir eine qualitativ gute Schule. Die Basis dazu sind die Lehrpersonen, denn Studien zeigen, dass die Unterrichtsqualität mit der Lehrperson steht und fällt. Ganz analog der These des ersten Schweizer Bildungstags: Die Besten gewinnen für den Lehrberuf! Damit die Besten auch gewonnen und motiviert im Beruf gehalten werden können, müssen die Arbeitsbedingungen stimmen. Dabei brauchen die Lehrpersonen die nötige Zeit, um ihren pädagogischen Auftrag in hoher Qualität erfüllen zu können. Schlussendlich führt dies zu einer Stärkung der Lehrpersonen, was wiederum in der entscheidenden täglichen Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern sichtbar wird.

Sandra Locher Benguerel

Die Rolle der Lehrperson in der heutigen

Zusammenfassung des Referats von LCH-Präsident Beat W. Zemp anlässlich der Jahrestagung der Bündner Lehrpersonenverbände 2011 in Domat/Ems

VON BEAT W. ZEMP, PRÄSIDENT LCH

Der Lehrberuf steht wie kaum ein anderer Beruf im Fokus der Gesellschaft. Unsere demokratisch verfasste Volksschule ist Teil des «Service public» und damit immer wieder auch Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen. Bildung ist die wichtigste Ressource für die Sicherung unseres Wohlstands und die individuelle Entfaltung. Zu Recht hegt deshalb die Gesellschaft hohe Erwartungen an Schule und Lehrpersonen. Doch diese sind nicht widerspruchsfrei. Welche sind aus Sicht des Berufsverbandes erfüllbar und berechtigt und welche nicht? Eine Rollenklärung ist nötig. Der Lehrberuf muss als Profession klarer definiert und von Politik und Gesellschaft besser respektiert werden, damit mehr talentierte junge Menschen diesen herausfordernden Beruf ergreifen wollen. Dazu braucht es einen erfüllbaren Berufsauftrag, gute Unterrichtsbedingungen für die Lernenden und attraktive Anstellungsbedingungen für die Lehrenden.

Der LCH beobachtet schon seit Längerem – einerseits erfreut, andererseits besorgt – das verstärkte Interesse der politischen Parteien an der Bildung. So war es denn auch kein Zufall, dass der LCH an seiner Delegiertenversammlung 2009 die provokative Frage «Wie viel Politik erträgt die Schule?» ins Zentrum stellte. In einer zentralen These warnte der LCH davor, die Volksschule als Wahlkampfthema zu missbrauchen. In seinem Schlusswort anlässlich dieser denkwürdigen Delegiertenversammlung

wünschte sich Anton Strittmatter den Aufbruch zu einer «Landsgemeinde der Bildungspolitik», wo das Gespräch zwischen Bildungsverwaltung, Lehrerschaft, Wirtschaft und Parteien über die Rolle der Lehrpersonen und der Schule in der heutigen Gesellschaft stattfinden könne.

Präsidiale Appelle und Lobesworte

Die grosse Bedeutung des Lehrberufs für die Gesellschaft und für eine prosperierende Volkswirtschaft wird immer wieder von höchster Stelle betont. So sagte zum Beispiel der amerikanische Präsident Barack Obama in seiner ersten bildungspolitischen Grundsatzzrede im Kongress: «Ich appelliere heute an eine neue Generation von Amerikanern, unserem Land in unseren Schulzimmern zu dienen. Wenn Sie einen Unterschied machen möchten im Leben unserer Nation, wenn Sie das Beste aus Ihrer Hingabe und Ihren Talenten machen möchten, wenn Sie sich einen Namen machen möchten mit einem Vermächtnis, das von Dauer ist, dann werden Sie Lehrer. Amerika braucht Sie!»

Auch der ehemalige deutsche Bundespräsident Horst Köhler lobte in seiner Eröffnungsrede am Weltkongress der Lehrerverbände 2007 in Berlin seinen Primarlehrer, der ihn menschlich und schulisch stark gefördert hatte. Wört-

lich sagte er: «Engagierte Lehrerinnen und Lehrer, die nicht aufgeben, die darauf brennen, jungen Menschen etwas beizubringen – das sind für mich Helden des Alltags!»

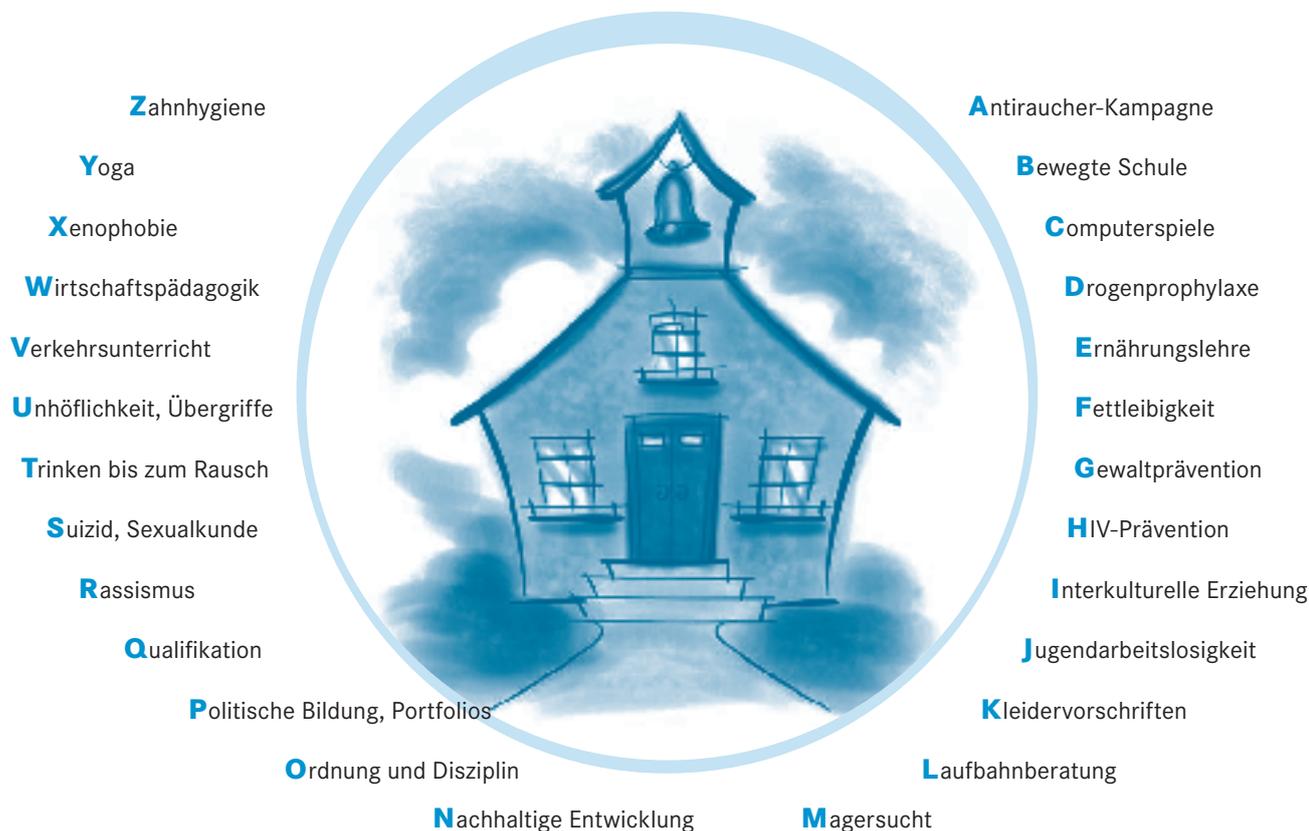
Dass sich Staatsoberhäupter wie der amerikanische Präsident oder der deutsche Bundespräsident mit anerkennenden, ja geradezu ehrfürchtigen Statements für unseren Berufsstand stark machen, mag uns zuversichtlich stimmen. Doch leider überbieten sich Politikerinnen und Politiker auch mit Forderungen und Erwartungen an die Schule. Die Schweiz macht hier keine Ausnahme. Würden wir alle neuen Schulfächer und Unterrichtsthemen übernehmen, die von politischen Parteien und gesellschaftlichen Lobbygruppen gefordert werden, müssten wir die Unterrichtszeit glatt verdoppeln. Das Beispiel der schulischen Sexualkunde, die zu polemischen Auseinandersetzungen führt, zeigt aber auch, dass ein gesellschaftlicher Kompromiss über die Rolle der Schule nicht immer einfach zu finden ist.

Erster Schweizer Bildungstag in Bern

«Die Lehrerverbände im Gespräch mit der Bildungspolitik» – unter diesem Motto trafen sich am 2. September dieses Jahres die Verbandsspitzen der 40 Mitgliedsorganisationen des LCH und des Syndicat des Enseignants

Gesellschaft

1. Erwartungen der Gesellschaft: DIE SCHULE ALS REPARATURWERKSTATT DER GESELLSCHAFT



Romands (SER), mit Verantwortlichen der Bildungsverwaltung, der Politik und der Wirtschaft zu einer «Landsgemeinde der Bildung». Im Vorfeld hatten LCH und SER sieben Thesen mit den zentralen Positionen der Berufsverbände entwickelt. Diese wurden mit den bildungspolitischen Positionspapieren und Forderungen der Parteien verglichen. Die erste These trug den Titel «Ende der mission impossible». Sie fordert einen geklärten, machbaren und verbindlichen Auftrag für die Schulen.

Früher Fremdsprachenunterricht, Stärkung der Naturwissenschaften und Mathematik, gleichzeitig aber auch Förderung der musischen und gestal-

terischen Fächer, Umgang mit Neuen Medien, Einbezug der nachhaltigen Entwicklung im Lehrplan und vieles andere mehr lauten demgegenüber die Forderungen der Parteien. Aber wo sind die Ressourcen, um all dies unter einen Hut zu bringen?

Das Sammelsurium an Ansprüchen und Erwartungen an die Schule fand seine Fortsetzung in der Vernehmlassung zum Grundlagenbericht des Lehrplans 21. In unserer damaligen Stellungnahme an der Medienkonferenz zum Lehrplan 21 in Luzern wies ich darauf hin, dass die zunehmende Aufgabendelegation der Gesellschaft an die «Reparaturwerkstatt Schule» endlich gestoppt werden

müsse. Die Rückkehr zu einem vom LCH geforderten «Primat des Lehrplans» ist möglich, wenn dieser handlich, klar und nicht überladen ist.

Mein viel zitiertes schulisches Aufgaben-Alphabet von A wie Antiraucher-kampagne bis Z wie Zahnhygiene ist leider nach wie vor hochaktuell (siehe Abbildung 1). Und zu jedem Buchstaben gibt es noch viele weitere Stichworte. Vergessen wir zudem nicht die Eltern, die Kinder und die Jugendlichen selber. Auch sie haben Erwartungen an die Schule und stellen in den letzten Jahren immer umfassendere und breitere Ansprüche an die Lehrpersonen.

Rollenklärung durch LCH-Berufsleitbild und Standesregeln

Das erste Fazit lautet daher: Wollten Lehrerinnen und Lehrer der ganzen Bandbreite an Forderungen und Erwartungen der Gesellschaft gerecht werden, würde der Lehrberuf zu einer echten «mission impossible». Wir brauchen eine Rollenklärung, wie sie der LCH unter dem Stichwort Professionalisierung des Lehrberufs vorantreibt: Das LCH-Berufsleitbild und die LCH-Standesregeln bilden dabei die Richtschnur des Verbandes. Das erste Berufsleitbild stammt aus dem Jahr 1993, wurde 1999 leicht nachgeführt und schliesslich 2008 völlig neu konzipiert und verabschiedet. Die nunmehr sechs Leitsätze mit Kommentaren gehen von selbstbewussten und verantwortungsvollen Fachleuten für das Lehren und Lernen aus, die in einem komplexen Umfeld mit heterogenen Ansprüchen tätig sind. Gleichzeitig verlangt und benennt das Berufsleitbild die Ressourcen, die zur professionellen Erfüllung des Bildungsauftrages notwendig sind.

Die LCH-Standesregeln stammen aus dem Jahr 1999. Sie definieren die ethischen und rechtlichen Verhaltensregeln für Lehrpersonen vom Kindergarten bis zur Tertiärstufe und richten sich direkt an jede Lehrperson. LCH-Mitglieder verpflichten sich, diese Standesregeln selbstverantwortlich einzuhalten.

Neben der Sicherstellung der grundlegenden Berufsanforderungen und der Erfüllung des umfassenden Berufsauftrages sollen sie helfen, das Vertrauen in die Qualität und das Ansehen des Berufs zu stärken. Berufsleitbild und Standesregeln sind in einer Broschüre beim LCH erhältlich oder können auch von der Website des LCH unter www.lch.ch herunter geladen werden.

Neuer Berufsauftrag und Jahresarbeitszeit

Was aber ist unter einem integralen Berufsauftrag für den Lehrberuf zu verstehen? Was steht in den kantonalen Berufsaufträgen drin, und wie haben sie sich verändert? Noch vor 30 Jahren liess sich der formelle Berufsauftrag einer Lehrperson folgendermassen zusammenfassen: Pflichtlektionen erteilen und rechtliche Vorschriften beachten. Bleiben wir vorerst einmal bei den Pflichtlektionen.

Die LCH-Arbeitszeitstudie 2009 ergab ein wichtiges Resultat: Gemessen an der Gesamtarbeitszeit einer Lehrperson macht die reine Unterrichtszeit nicht einmal die Hälfte aus. Die Tage, als der Lehrer die Türe unmittelbar hinter seinem letzten Schützling schloss, um sich ebenfalls auf den Nachhauseweg zu machen, sind längst vorbei. «Während in der Vergangenheit die Arbeitspensen von Lehrkräften über die Pflichtstunden definiert waren, genügt diese Umschreibung der Tätigkeit von Lehrerinnen und Lehrern modernen Ansprüchen nicht mehr.» Dieses Zitat entstammt dem Handweiser Berufsauftrag des LCH, publiziert im Jahre 2003.

Der Handweiser gründet auf dem Berufsleitbild und den Standesregeln und stützt sich auf die repräsentativen Ergebnisse der LCH-Arbeitszeit- sowie der Berufszufriedenheitsstudie. Unter Berücksichtigung der erheblich erweiterten und differenzierteren Tätigkeit von Lehrerinnen und Lehrern definiert der Handweiser sieben verschiedene Arbeitsfelder: Unterrichtszeit, kurzfristige Vor- und Nachbereitung des Unterrichts, langfristige Unterrichtsplanung und auswertung, administrative Aufgaben, Betreuung und Beratung, Weiterbildung, Gemeinschaftsarbeit. Neben diesem generellen Auftrag gibt es unerlässliche Spezialfunktionen

sowie zeitlich befristete Projekte für die Schulentwicklung.

Diese sollen gemäss Handweiser über einen eigens dafür vorgesehenen Schulpool finanziert werden. Zahlreiche Kantone haben ihre Berufsaufträge in den letzten Jahren modernisiert und überarbeitet oder sind daran, es zu tun. Der Kanton Luzern spielte eine Art Vorreiterrolle und tat dies bereits 1999. Der Kanton Zug folgte 10 Jahre später mit einem fortschrittlichen Berufsauftrag. Vor der Einführung stehen Berufsaufträge in Schaffhausen, Zürich und St. Gallen. Erfreulicherweise sind dabei die im LCH-Handweiser erwähnten Grundanforderungen jeweils mehrheitlich berücksichtigt worden. Für die Klärung der Rolle der Lehrerinnen und Lehrer wird aber auch der Lehrplan 21 von grosser Bedeutung sein. Die heutigen kantonalen Lehrpläne genügen modernen Anforderungen nicht mehr, sie sind in der Mehrheit nicht praktikabel: 300 Seiten Grobziele, unklare Verbindlichkeiten und Formulierungen, die unterschiedlichen Interpretationen Tür und Tor offen lassen. Vielerorts haben die Lehrmittel die Funktion der Lehrpläne übernommen und sind zu «heimlichen Lehrplänen» geworden.

Die «Profis» respektieren

Das zweite Fazit lautet daher: Wir befinden uns momentan in einer Transitionsphase, bis diese Rollenklärung definitiv erfolgt und der neue Berufsauftrag umgesetzt ist. Die Politik muss den Auftrag der Schule klären, also die Frage «Was gehört zum Schulauftrag?» beantworten. Wie der Auftrag dann umgesetzt wird, ist Sache der Lehrpersonen als Profis. Die Einmischung von Laien in die Details der Berufsausübung macht – wie in allen anderen Berufen – auch im Lehrberuf keinen Sinn. So schreibt Hans Fahrländer in

der Aargauer-Zeitung vom 7. September 2011 über die zahlreichen schulpolitischen Vorstösse der SVP: «Das wäre ungefähr so, als würden die Parteien mitbestimmen, mit welchem Bohrer das Gotthardmassiv zu durchstossen oder mit welchem Medikament die Schweinegrippe zu bekämpfen sei.» Lehrpersonen sind die Fachleute für das Lehren und Lernen. Sie können selber am besten einschätzen, welche Methoden für ihren Unterricht zielführend sind. Der Gebrauch des Hochdeutschen in Schule und Kindergarten ist beispielweise zu einem regelrechten politischen Kampffeld geworden.

Die Geschäftsleitung des LCH kommunizierte diesbezüglich klar: «Die Lehrpersonen sollen auf der Grundlage der jeweiligen lokalen Situation selber bestimmen können, in welcher Form und Intensität Hochdeutsch im Kindergarten benutzt wird. Ausschlaggebend müssen immer fachliche und professionelle Kriterien sein.» Wenn wir Volksabstimmungen über den angeblich «richtigen» Prozentsatz von Hochdeutsch im Kindergarten durchführen, muss man sich nicht wundern, dass Lehrpersonen im Kindergarten nur noch den Kopf schütteln. «Die Profis respektieren», lautete deshalb These 4 des Bildungstages, die in der Diskussion weitgehend akzeptiert wurde.

Unterrichts- und Anstellungsbedingungen verbessern

Damit komme ich zum letzten Teil meiner Ausführungen: Welche Rahmenbedingungen brauchen wir als Lehrpersonen, um einen integralen Berufsauftrag, wie ich ihn vorhin skizziert habe, erfüllen zu können? Die Arbeit als Lehrperson ist gegenüber früher viel komplexer und schwieriger geworden. Das spiegelt sich in den

neuen Berufsaufträgen und in verlängerten Ausbildungsgängen wider. Doch trifft dies auch auf andere Berufe zu und ist an sich nicht problematisch sondern nur ein Abbild des Wandels unserer Gesellschaft in Richtung einer Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft. In der Privatwirtschaft würde ein Beruf dadurch aufgewertet. Problematisch ist hingegen, dass sich die Arbeits- und Anstellungsbedingungen im Lehrberuf nicht oder nicht genügend mit der Ausweitung des Berufsauftrags entwickelt haben. Die europaweit höchsten Pflichtlektionen haben, gepaart mit den neuen Aufgabenfeldern, über alle Schulstufen hinweg zu einer durchschnittlichen Netto-Jahresarbeitszeit von über 2070 Stunden geführt. Dies hat die LCH-Arbeitszeitstudie 2009 ergeben. Damit arbeiten Lehrerinnen und Lehrer jedes Jahr drei Wochen zu viel, ohne dass sie diese Überzeit in den Schulferien kompensieren können. Eine Korrektur dieser viel zu hohen Pflichtpensen drängt sich auf, die seit mehr als 200 Jahren bei 30 Wochenlektionen liegen!

«Die Besten gewinnen», lautete These 3 des Schweizer Bildungstages. Und für einmal waren sich Politikerinnen und Politiker über alle Parteien hinweg einig. Der Beruf soll für motivierte, engagierte und begabte junge Leute attraktiv sein. Doch diese Besten gewinnen, das will auch die Wirtschaft, und sie hat dabei im Moment einiges mehr zu bieten. Um 10% bis 85% höhere Löhne sind ein nicht unerhebliches Argument für eine Anstellung in der Verwaltung oder der Privatwirtschaft. Diese Unterschiede förderte nämlich die Salärvergleichsstudie 2010 zu Tage, durchgeführt von PricewaterhouseCoopers.

Wohlgermerkt handelt es sich dabei um einen Salärvergleich von anforderungsgleichen Berufen, die nach einem standardisierten Bewertungsverfahren



KURZPORTRAIT VON BEAT W. ZEMP

Beat W. Zemp (*1955) wuchs im Kanton Baselland auf. Nach der Matura (Typus B) studierte er an der Universität Basel die beiden Fächer Mathematik und Geografie im Hauptfach und Pädagogik im Nebenfach. Anschliessend erwarb er das Gymnasiallehrerdiplom und unterrichtete an verschiedenen Mittelschulen in der Region Basel, bevor er 1986 zum Hauptlehrer für Mathematik und Geographie am Gymnasium Liestal gewählt wurde. Heute unterrichtet er noch ein Teilpensum Mathematik an dieser Schule.

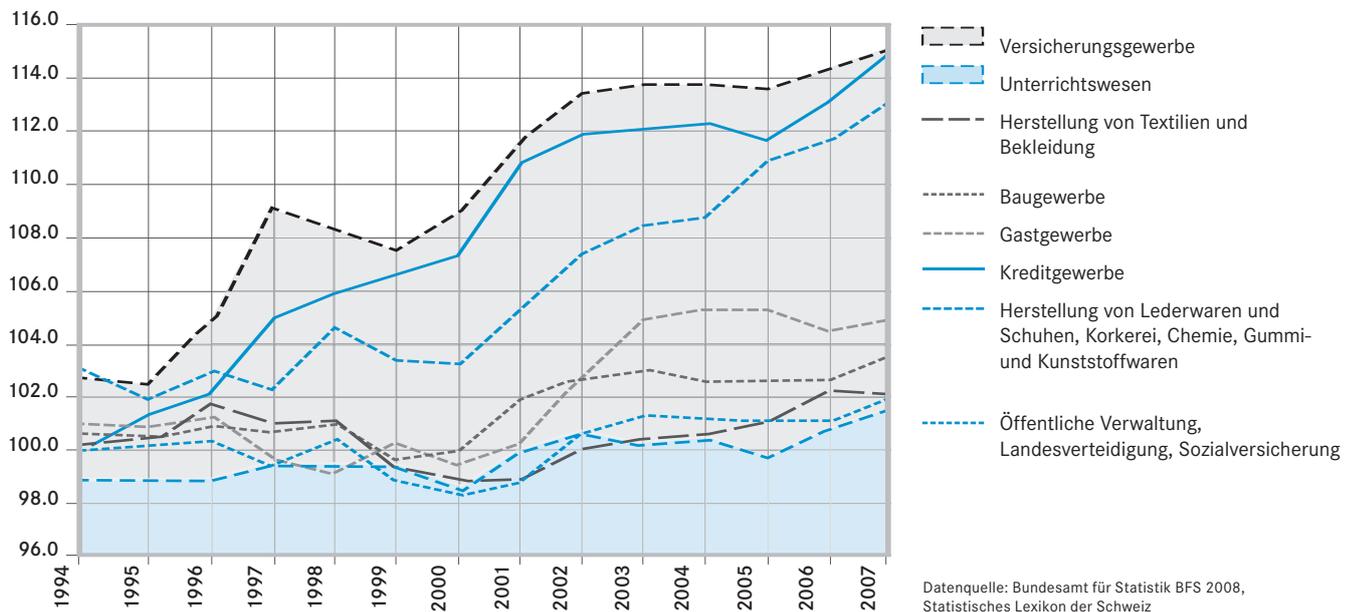
Parallel zu dieser pädagogischen Tätigkeit entwickelte er seine berufspolitische Laufbahn. Mitte der 80er Jahre wurde er Mitglied im Vorstand des kantonalen Lehrervereins Baselland, übernahm dann das Vizepräsidium und wurde in den Zentralvorstand des Schweizer Lehrervereins SLV berufen. Er übernahm auch dort das Vizepräsidium und wurde 1990 zum Präsidenten des neu gegründeten Dachverbands Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH gewählt.

Seit 1998 ist Beat W. Zemp hauptamtlich für den LCH tätig und arbeitet in dieser Funktion mit vielen Institutionen auf nationaler und internationaler Ebene zusammen. Er präsierte u.a. die Expertengruppe des Bundes zum Projekt «PPP-Schule im Netz», leitet den Ausschuss des Stiftungsrats der schweizerischen Stiftung «Bildung und Entwicklung», ist leitendes Mitglied der trinationalen Konferenz der Spitzenverbände der Lehrerorganisationen aus D, A und der CH und arbeitet in zahlreichen Gremien der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz EDK und des Bundes mit.

Seit August 2003 präsiert er die grösste Arbeitnehmer-Konferenz der Schweiz, der 13 Verbände und Gewerkschaftsdachverbände mit 800'000 Mitgliedern angehören (Ebenrain-Konferenz – Allianz der Arbeitnehmenden). Er leitet u.a. in dieser Funktion zusammen mit Ständerat Alain Berset die Parlamentarische Gruppe für Arbeit.

Beat W. Zemp ist verheiratet mit Christa Zemp-Moor und wohnt in Frenkendorf/BL.

2: Reallohnentwicklung seit 1993 (nach ausgewählten Wirtschaftszweigen)



ausgewählt worden sind. Es werden also nicht Äpfel mit Birnen verglichen sondern nur sortengleiche Äpfel, die an verschiedenen Apfelbäumen im gleichen Obstgarten wachsen. In der PwC-Studie ist das der Kanton Bern - wachsen. Die Fakten sind eindeutig: Auch das Bundesamt für Statistik weist für das Unterrichtswesen eine unterdurchschnittliche Reallohnentwicklung seit 1993 aus (s. Abbildung 2). Und in der soeben erschienenen OECD-Studie «Bildung auf einen Blick 2011» ist auf S. 507 zu lesen: «Zwischen 2000 und 2009 war in den meisten Ländern ein realer Anstieg der Lehrergehälter zu beobachten. Die höchsten Steigerungen – weit über 50% – gab es in Estland, Tschechien und der Türkei. Die einzigen Ausnahmen von dieser Entwicklung waren Australien, Frankreich, Japan und die Schweiz.» In der Schweiz hat diese negative Reallohnentwicklung dazu geführt, dass die Einstiegsgehälter nicht mehr konkurrenzfähig sind, weshalb der Kanton Zürich eine massive Erhöhung beschlossen hat. Weitere Kantone sind in der Zwischenzeit gefolgt und haben die Lehrerlöhne erhöht.

Den Lehrermangel besiegen

Bis 2019 rechnet das Bundesamt für Statistik mit einem gegenüber 2010 um 40% erhöhten Rekrutierungsbedarf für Primarlehrpersonen, auf Sekundarstufe sind es immer noch 15%. Leider haben die teilweise schwierigen Unterrichtsbedingungen dazu geführt, dass sich schon seit längerem nicht mehr genügend junge Leute für den Lehrberuf entscheiden und viele junge Lehrpersonen dem Beruf nach wenigen Jahren den Rücken kehren. So rechnet das Büro BASS bis 2019 auch im Kanton Graubünden mit einem Anstieg der «Lehrerlücke». Die Tatsache, dass im Kanton Graubünden gerade einmal noch 20-25% der Oberstufenlehrpersonen in allen Fächern über eine Lehrberechtigung verfügen, ist ein Abbild dieser Mangelsituation. Wir müssen daher alles tun, um wieder mehr junge und geistig regsame Menschen für unseren Beruf zu begeistern.

«Bei Kindern und Jugendlichen den Geist wecken, Bildungsarbeit leisten, ist eine schöne und gesellschaftlich höchst

bedeutsame Aufgabe.» «Es ist für mich eine spannende Herausforderung, täglich in der komplexen Aufgabe des Unterrichts in heterogenen Klassen zu stehen, Dilemmata und Auseinandersetzungen auszuhalten und Probleme zu lösen.» Diese beiden Sätze entstammen dem LCH-Berufsprofil, welches die Geschäftsleitung 2009 verabschiedete. Wir wollen Lehrerinnen und Lehrer, die hinstehen, sich den Herausforderungen stellen und gleichzeitig klar machen, was sie erwarten. Zudem wünschte ich mir, dass wir uns als Fachleute für das Lehren und Lernen wieder vermehrt auch in politischen Gremien zu Wort melden, und zwar auf allen Ebenen. Schule und Bildung sind im Umbruch. Gerade jetzt braucht es deshalb eine starke Lobby und eine selbstbewusste Lehrerschaft: Gute Anstellungsbedingungen auf kantonaler Ebene und ein qualitativ hochstehendes Bildungswesen schweizweit – dafür setzen sich LCH und LEGR gemeinsam ein und dafür brauchen wir auch Ihre Unterstützung!

«Eine Landsgemeinde der Bildung»

2. September 2011: Bildung und Politik am ersten Schweizer Bildungstag in Bern

Am ersten Schweizer Bildungstag trafen sich in Bern die Akteure zum Meinungs- und Gedankenaustausch: Bildungspolitiker aller Parteien, Verwaltungsvertreter, die Spitze der Erziehungsdirektorenkonferenz sowie die Präsidien der kantonalen Lehrerverbände. Organisiert wurde der Bildungstag vom Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) und seinem Westschweizer Pendant, dem Syndicat des Enseignants Romands (SER).

VON FABIO CANTONI

Um mit der grossen Heterogenität der Ansprüche an die Schule und den Vorstellungen über die Realisierung dieser Ansprüche umzugehen, brauche es eine «Landsgemeindekultur» des Redens über Bildung in der Schweiz. Diesen Worten von Toni Strittmatter anlässlich der LCH-Delegiertenversammlung von 2009 in Bern, sind nun wirklich Taten gefolgt: Die Bildung und die Politik sind am ersten Nationalen Bildungstag, vertreten durch 170 Akteure, in den Dialog getreten.

In seiner Eröffnungsansprache zeigte sich LCH-Präsident Beat W. Zemp über das gestiegene Interesse der Parteien und der Medien an der Schule und am Bildungswesen erfreut. Es habe aber

auch eine Schattenseite: «Der Preis für die politische Einflussnahme auf die öffentliche Schule ist nicht nur ideologisches Gezänk zwischen Lobbygruppen und Expertenstreit.» Die Schule werde zunehmend auch «als parteipolitisches Vehikel missbraucht, um neue Wählerstimmen zu gewinnen».

In der anschliessenden Podiumsdiskussion versuchte Moderator Iwan Rickenbach den Damen und Herren Politiker klare Bekenntnisse zur Schule zu entlocken. Ihre Statements zu den unterschiedlichsten Themen im Bildungsbereich waren

- die internationale Wettbewerbsfähigkeit, die Betonung von Fachleuten für die Schweiz (Dienstleistungssektor),

- mehr Mittel für die Bildung,
- HarmoS und Lehrplan 21 als Meilensteine,
- eine breite Bildung mit hoher Durchlässigkeit,
- ergänzende Angebote für die Gesellschaft,
- und der Rückzug «aus der akademischen Sackgasse in der Lehrerbildung».

Die Meinungen gingen dementsprechend weit auseinander und es gelang den Sprechenden nur schwer, den parteilichen Hintergrund richtig abzustreifen. Dies bekam dem Dialog in der ersten Runde nicht gut, und so wurde nur wenig diskutiert und dafür mehr Partei-Forderungen an die Schule und ihre Lehrpersonen abgespielt.

Dies sollte sich dann in der nächsten Runde gründlich ändern: Denn nun ging es auf Tuchfühlung zwischen Politik und Bildung. In kleinen gemischten Gesprächsrunden fanden die teils hitzigen Diskussionen der sieben Thesen von LCH und SER statt:

1. Ende der «mission impossible»

Die Schulen brauchen einen geklärten, machbaren und verbindlichen Auftrag. Der Lehrplan muss festlegen, was wer am Ende der Schulstufen in welcher Güte mindestens können muss. Dieser Kernauftrag ist national festzulegen, wie



es der Verfassungsauftrag will. Gleichzeitig muss die Schule befähigt werden, mit den bleibenden widersprüchlichen Erwartungen an Bildung und Erziehung zu leben, wie dies in einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft unvermeidlich ist. Und es muss anerkannt werden, dass die Schule bei allem redlichen Bemühen nicht allen Ansprüchen gerecht werden kann. Neue Forderungen gesellschaftlicher Anspruchsgruppen dürfen nicht direkt durch Lehrmittel und Reformkampagnen den Schulen aufgedrängt werden, sondern müssen sich zuerst auf der Bühne der Lehrplanaushandlung behaupten. Für den offenen Dialog zwischen der Schule und ihrer gesellschaftlichen Umgebung müssen neue Formen jenseits von ständiger Einmischung und unqualifizierter Kritik gefunden werden.

2. In die Bildung stärker investieren

Mit 5% des Bruttoinlandsprodukts für das Bildungswesen liegt die Schweiz nur gerade im OECD-Durchschnitt. Länder wie Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland oder Neuseeland geben ein bis zwei Prozentpunkte mehr aus. Auch wenn Geld allein nicht automatisch Qualität bewirkt, ist Bildung vermehrt als eines der wichtigsten Investitionsgüter für den Wohlstand, das Funktionieren der Demokratie und den Erhalt der Souveränität des Landes zu betrachten. Deshalb muss der Anteil der Bildungsinvestitionen am BIP erhöht werden. Die Verbesserung der Wirksamkeit und Effizienz von Investitionen in das Bildungswesen ist eine unbestrittene Daueraufgabe. Sie ist nicht zu verwechseln mit Sparübungen, welche in der Regel weder die Wirksamkeit noch die Effizienz verbessern, sondern die Qualität beschädigen.

3. Die Besten gewinnen für den Lehrberuf

Investitionen in die Qualität des Bil-



dungswesens sind am wirksamsten, wenn sie als Investition in die Qualität des Lehrpersonals getätigt werden. Die Lehrpersonen aller Stufen sind, bezogen auf ihren jeweiligen verschiedenartigen Auftrag, durchwegs auf Masterniveau auszubilden. Der Beruf muss attraktiv sein für engagierte, geistig regsame und an Wirkungen interessierte junge Menschen. Namentlich auch wieder für Männer. Neben der Eröffnung von Laufbahnperspektiven müssen die zeitlichen Arbeitsbedingungen so gestaltet werden, dass mehr Zeit für die seriöse Vor- und Nachbereitung des Unterrichts und die Zusammenarbeit reserviert ist. Und es muss eine Besoldungsperspektive geschaffen werden, welche den Vergleich zu anderen akademischen Berufen mit hoher Führungsverantwortung aushält. Jegliches Niveaudumping zwecks Behebung von Mangelsituationen ist kurzfristig, beschädigt das Ansehen des Berufs, führt so zu weiteren Abwendungen und verschärft mittel- und langfristig die heute schon bestehenden Qualitätsprobleme.

4. Die Profis respektieren

Die Einmischung der Politik in operative Details der Schulführung muss durch eine Kultur des Respekts vor der Profession abgelöst werden. Die Grundidee des «New Public Management», bisher oft pervertiert, ist endlich konsequent durchzuziehen: Die Politik erteilt den

Auftrag. Die Profession rechnet den Tarif aus, zu dem dieser Auftrag erfüllbar ist. Klaffen Auftrag und Ressourcen auseinander, dann ist es wiederum an der Politik, entweder die Ressourcen nachzubessern oder den Auftrag zu reduzieren oder fallen zu lassen. Die Profession erträgt es nicht mehr, Aufträge unter Tarif ungenügend erfüllen zu müssen. Und sie lässt nicht mehr zu, dass Laien in Details der Berufsausübung hineinreden.

5. Chancengleichheit und Integration sind als Leitideen nicht verhandelbar

Öffentliche Bildung in einer demokratischen Gesellschaft ist nur denkbar unter dem Anspruch des Bemühens um Chancengleichheit und Integration. So schreibt es die Verfassung vor. Dass diese Leitideen in der Praxis dann nur unvollkommen erreichbar und ihrer Umsetzung Grenzen gesetzt sind, ist ebenso zu anerkennen. Streitereien um die Extrempositionen sind hier völlig unfruchtbar und fehl am Platz. Die Schulen brauchen jedoch eine stark verbesserte Ausrüstung für den Umgang mit heterogenen Lerngruppen. Mit Blick auf die Entwicklung der Gesellschaft braucht es deutlich mehr Tagesstrukturen sowie Massnahmen der Frühförderung.



6. Auftrag erfüllen statt Kulissen malen

Der modischen Kontroll- und Wettbewerbsrhetorik ist eine klare Absage zu erteilen. Die Benchmarking-Analogien aus der Privatwirtschaft sind aus verschiedenen Gründen nicht auf ein öffentliches Pflichtschulwesen übertragbar. Länder mit extremer Wettbewerbskultur (Schulrankings, Benchmarkings- und Schulaudits) sind damit nicht erfolgreich, weil die Schulen solche untauglichen Ansätze rasch unterlaufen und gezwungen sind, ihre Energie in die «Kulissenmalerei» statt in die Qualität der Auftragserfüllung zu investieren. Die schulgerechte Alternative ist die Verpflichtung der Schulen zur Rechenschaftslegung über die Auftragserfüllung. Dies geschieht auf der Basis einer professionell durchgeführten und kontrollierten Selbstevaluation.

7. Politische Bildung stärken

Die politische Bildung ist völlig ungenügend geworden, was die kompetente Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an der demokratischen Gestaltung des Gemeinwesens gefährdet. Der politischen Bildung drohen weitere Kürzungen im Lehrplan und in der Stundendotation. Es braucht gesicherte elementare Kenntnisse über das Funktionieren unserer politischen Institutionen. Und bei den Kindern und Jugendlichen muss für das persönliche politische Engage-

ment der Sinn geweckt und der Wille geschaffen werden. Gefordert ist hier eine gemeinsame Bildungsoffensive von Politik, Schulbehörden und Lehrerschaft mit den dafür notwendigen Ressourcen.

Der Blick von aussen

Eine erste Aussensicht brachten Frau R. Jean und Herr M. Spillmann mit ihren Tageskommentaren ein. Hier eine kurze Zusammenfassung des selbst Gehörten:

Frau Romaine Jean, rédactrice en chef adjointe de l'actualité à la TSR

Frau Jean äusserte sich über die Besorgnis der Leute in der Schweiz: Diese seien in erster Linie Fukushima und dann unmittelbar die Schule. Die Einmischung der Politik – letztlich der Bevölkerung – sei wichtig. «Man kann und muss sich gegenseitig anhören und gemeinsam über Schule reden.»

Einen weiteren Schwerpunkt setzt sie mit der besonders wichtigen Aufgabe des Zusammenhalts der Gesellschaft, welche wohl nur noch die Schule leisten kann. Dies sei für eine Schweiz mit vier Landessprachen, mit jeder vierten Person, welche nicht hier geboren ist, und den allgemeinen gesellschaftlichen Veränderungen von höchster Bedeutung. Zum Schluss zeigt sie sich überrascht vom echten Austausch innerhalb

des 1. Bildungstages und wünscht allen Lehrpersonen weiterhin viel Freude in ihrer wichtigen und schönen Funktion.

Herr Markus Spillmann, Chefredaktor NZZ

Herr Spillmann gliederte seinen Kommentar in zwei Teile: in Skepsis und in Positives. Zuerst nannte er die Widersprüche im Anspruch der Bildungspolitik und der (Schul-) Realität. Oft bestehe auch ein Zielkonflikt bzw. eine Kluft zwischen dem eigentlichen Auftrag: Soll man nun Pädagoge oder eher Erzieher sein? Auch fehlte Herrn Spillmann während der Diskussion eine Gesamtschau der Volksschule. Dies hätte sich auch am typischen Verhalten der Politiker manifestiert, indem sie nur eine der Thesen bzw. einen Blickpunkt auswählen würden. Einen weiteren Widerspruch ortete er bei den Thesen selbst: Nämlich zwischen der These 1 «mission impossible» und These 5 «Integration».

Aber es gebe auch Positives: Die Veranstaltung als solche scheine ihm geeignet für einen Dialog und den Aufbau von Verständnis für die gegenseitigen Anliegen. Dabei betonte er die Wichtigkeit des direkten Austauschs und der Verknüpfung von Strategischem mit Operativem. Ein besonderes Anliegen waren Herrn Spillmann die Eltern. Diese müssten als mündige, ernsthafte Partner wahrgenommen werden. Dann würden die Eltern für die Anliegen der Schule gewonnen werden.

«Die Schule braucht Öffentlichkeit und sie braucht die Unterstützung der Politik», hielt in seiner Eröffnungssprache LCH-Zentralpräsident Beat W. Zemp fest. Mit dem ersten Schweizer Bildungstag wurde ein Beitrag geleistet, um das gegenseitige Verständnis zwischen der organisierten Lehrerschaft und der Bildungspolitik zu verbessern. Weitere Bildungstage müssen folgen!

Wertschätzung

Claudio Caviezel, Primarschule Rhäzüns

Claudio Caviezel steht mitten in seinem beruflichen Lebensweg. Zwanzig Jahre hat er der Bündner Schule gedient. Zwanzig Jahre und mehr werden vermutlich nochmals dazukommen. Er gehört damit exakt zu den Lehrpersonen, denen von einem Tag auf den andern mit dem von der Regierung vorgeschlagenen neuen Besoldungssystem nun jede Lohnperspektive genommen werden soll. Der erwartete Lohnanstieg von Lehrpersonen mit zwanzig Dienstjahren würde gemäss Vorschlag nicht mehr stattfinden. Der Lohn würde stagnieren.

VON JÖRI SCHWARZEL



Direkt nach dem Patent hat Claudio Caviezel sieben Jahre Schulerfahrung in der 5./6. Klasse in Maienfeld gesammelt. Er konnte dort als Junglehrer stark von zwei älteren Kollegen profitieren, da er mit ihnen jeweils die zwei Parallelklassen quasi im Teamteaching führte. 13 Jahre arbeitete er im Dorf seiner Kindheit, in Rhäzüns, mit 3./4.-Klässlern. Ein paar Jahre hat er als Teilzeitschulleiter (20%) gewirkt. Seit diesem Schuljahr nicht mehr. Er freut sich. Wieder voll für seine Viertklässler da zu sein, ist ein gutes Gefühl. Zwar sei sein Einsatz für den Unterricht auch während der Schulleiterzeit vollwertig gewesen, doch der Schulleitungsjob forderte ihn zeitlich wacker.

Die Schule Rhäzüns ist eine aktive Schule. Das kleine Lehrpersonenteam

organisiert jedes Jahr Projekte und bearbeitet zusammen ein Jahresmotto. Heuer ist das Motto «Rund um die Welt». Begeistert und nüchtern zugleich schildert Claudio Caviezel die Projekte: So hat das Schulteam ein Sexualpädagogik-Konzept - vom Kindergarten bis zur sechsten Klasse - erarbeitet und führt das Chili-Konfliktprogramm durch. Die aktuelle Aufregung um den Sexualkundeunterricht ist aus Rhäzünser Sicht nicht nachvollziehbar. Mit dem Sexualkundeunterricht reagierte die Schule ursprünglich auf einen Missbrauchsfall. Mit transparenter Information an die Eltern, was der Sexualunterricht beinhaltet, sicherten sich die Lehrpersonen die volle Unterstützung des Umfelds der Schüler und Schülerinnen. Begleitet wird die Schule im Projekt von qualifizierten Fachpersonen.

Die Rhäzünser Lehrpersonen sind sich mittels der Projekte die enge Kooperation schon gut gewöhnt. Zusammen mit ihrer Heilpädagogin Erika Müller startet die Schule nun in einzelnen Lektionen mit der Integration in den unteren Klassen. Im Februar erhielten die Lehrpersonen mit einer schulinternen Weiterbildung und einem Besuch in Thusis einen Einblick in eine Schule mit integrierter Förderung. Die zurückhaltend skeptische Haltung hat sich nun in eine vorsichtig neugierige gewandelt.

So sehr die Freude an einer lebendigen Schule Claudio Caviezel ins Gesicht geschrieben ist, so sehr fehlt ihm aktuell die Wertschätzung seitens der Bündner Regierung. Zum Glück weiss sich Claudio Caviezel von anderer Seite getragen: Zuerst kommt die Wertschätzung natürlich von seinen Schützlingen. Doch auch auf deren Eltern kann er zählen. Wichtig ist ihm, diese mit ins Boot zu nehmen. Claudio Caviezel bezieht die Eltern eng ein und informiert sie über seine Methoden, Erwartungen und die Schwerpunkte. Auch die Schule selbst informiert die Öffentlichkeit viermal jährlich mit der Schulzeitung namens «Kridastaub».

Wertschätzung erhalten die Lehrpersonen auch seitens der Gemeinde. Das zeigt sich vor allem darin, dass die Gemeinde trotz hohem Steuerfuss

immer bereit war und ist, sich finanziell zu engagieren. So konnte die Schule bei allen Projekten auf die Gemeinde zählen. Das tut gut. Nicht zu vergessen ist das Lob der Vorgesetzten und des Schulinspektorats. Die Haltung der Bündner Regierung steht im krassen Gegensatz dazu. Claudio Caviezel ver-

sind und die Schule mit einem Besuch beehrt haben.

Die Aufgaben der Schule wachsen laufend. Gewisse neue Aufgaben begrüsst Claudio Caviezel, auf andere wie zum Beispiel auf das gemeinsame Zähneputzen könnte er gut verzichten,

zur Praktikumslehrperson. Nach Abgabe des Schulleitungspensums ist das Betreuen von PraktikantInnen eine gute neue Herausforderung. Und noch etwas visiert Claudio Caviezel an: Er möchte bald eine Intensivfortbildung anpacken. Bisher hat es dazu nicht gereicht. Auf die Unterstützung durch Schulleitung, Schulrat und Gemeinde kann er dabei bauen.

Mit zwanzig Jahren Unterrichtserfahrung gehört Claudio Caviezel zu den Lehrpersonen, die die Schule wesentlich mittragen, die Junglehrpersonen ins Team aufnehmen und unterstützen können. Diese Lehrpersonen sind die Säulen der Volksschule. Auch auf den vierfachen Familienvater Claudio Caviezel wird die Bündner Schule weiterhin bauen können. Denn in seiner Situation sind der Beruf und der Wohn- und Arbeitsort feste Bestandteile des Lebens, die einen Wechsel schwierig machen. Hoffen wir, dass das Parlament den erfahrenen Lehrpersonen, die noch viele weitere Jahre die Bündner Schule mittragen wollen, die von der Regierung versagte Wertschätzung zurückgibt.

mutet, dass die Regierung nicht in die Schule hinein sieht, dass sie nicht weiss, was da abläuft. Die Hoffnung setzt er auf die Grossratsmitglieder - vor allem auf diejenigen, die im Frühsommer der Einladung der Lehrpersonen gefolgt

wie er schmunzelnd meint. Die heutige Entwicklung der Schule, die aus den ehemaligen Einzelkämpfern ein kollegiales Team macht, das immer wieder eng zusammenarbeitet, passt Claudio Caviezel. Zur Zeit ist er in Ausbildung



Anpassungen des Schulgesetzes erforderlich

LEGR-Vorschläge an den Grossen Rat

Pensen

a) Pflichtlektionen

Die regierungsrätliche Botschaft ans Parlament möchte die 30 Pflichtlektionen für Lehrpersonen um eine auf 29 Pflichtlektionen senken, gleichzeitig aber von 38 auf 39 Schulwochen erhöhen. Was für Klassenlehrpersonen einer Reduktion von 48 Lektionen und für alle anderen einer Reduktion von 9 Lektionen pro Jahr entspricht. In Anbetracht der gestiegenen Anforderungen entspricht dies mehr oder weniger einem Nullsummenspiel. Deshalb hält der LEGR an seiner Forderung fest:

Vorschlag LEGR: Für ein Vollzeitpensum sind folgende Anzahl Unterrichts- und Präsenzeinheiten pro Schulwoche zu leisten:

- a) Kindergartenstufe: 23 Stunden und 2 Stunden Präsenzverpflichtung
- b) Primar und Sekundarstufe I: 28 Unterrichtslektionen und 2 Lektionen Präsenzverpflichtung

Diese Zahlen beziehen sich auf 38 Schulwochen. Bei 39 Schulwochen werden es 22 Stunden für den Kindergarten und 27 Unterrichtslektionen für die Primar- und Oberstufe.

Begründung

Gemäss zwei Arbeitszeiterhebungen des Sozialforschungsunternehmens Landert >Partner aus den Jahren 1999 und 2009 stieg die jährliche Arbeitszeit von Lehrpersonen der Volksschule in 10 Jahren zwischen 115 und 176 Stunden. Dies entspricht allein in diesem Zeitraum einem Zuwachs der Arbeitszeit von 5 – 9%. Für diesen Mehraufwand wurden die Lehrpersonen nicht entschädigt. Ein weiterer Zuwachs ist absehbar. Beispielsweise im

Bereich der Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen.

Die Reduktion der Lektionsdauer von heute durchschnittlich 47 Minuten auf der Primarstufe und von 45 Minuten auf der Sekundarstufe I (Quelle Studie Bass, 2010, aufgrund kantonaler Zahlen) auf 45 Minuten für alle Schulstufen bringt keine echte Entlastung der Arbeitszeit bei den Lehrpersonen. Denn der Lehrplan – und somit der Inhalt – ändert sich nicht. Auch ändert sich weder die Vorbereitungs- und Nachbereitungszeit, noch die Präsenzzeit der Lehrpersonen in der Schule.

Der Lehrplan 21 lässt bereits heute den Handlungsspielraum für eine echte Entlastung von Schülerinnen und Schülern wie auch von Lehrpersonen zu.

Statt einer Kürzung der Lektionen auf 45 Minuten soll eine Reduktion der Anzahl Wochenlektionen für die Lernenden und eine Umwandlung von einzelnen Unterrichtslektionen in Präsenzverpflichtungen für die Lehrpersonen anvisiert werden.

b) Altersentlastung

Die regierungsrätliche Botschaft möchte die Altersentlastung um je eine Lektion kürzen und sie nur für Lehrpersonen mit 100%-Pensum gelten lassen.

Vorschlag LEGR: Die Lehrpersonen mit einem Pensum über 40% haben ab dem 55. Altersjahr Anspruch auf Altersentlastung.

In der Nachfolgegesetzregelung soll folgende Altersentlastung in Lektionen festgehalten werden:

Alter/Stellenprozentage	90–100% (wie heute)	65–90%	40–65%
55 Jahre	2	1	1
60 Jahre	3	2	1

Löhne

Die Regierung will für die Lehrpersonenbesoldung weiterhin eine Mindestbesoldung durchs Parlament festlegen lassen. Sie schlägt vor, die Anfangslöhne in Richtung des Ostschweizer Mittels von 2009 anzuheben, um dann aber die max. Lohnperspektive bei 142% festzufrieren, wobei von 25 auf 20 Lohnstufen zurückgefahren würde. Die Mehrheit der Bündner Lehrpersonen würde damit auf Besitzstandswahrung gesetzt.

Vorschlag LEGR: Für die Lehrpersonen der öffentlichen Volksschule legt der Regierungsrat die Mindestbesoldungsansätze fest. Der Regierungsrat orientiert sich bei allen Lohnstufen am ostschweizerischen Mittel.

Begründung

Der Lehrermangel zeigt auf, dass die Besoldung der Lehrpersonen schnell und flexibel angepasst werden können muss. Dazu ist nur die Regierung in der Lage. Das parlamentarische Vorgehen ist zu schwerfällig. Der Bündner Grossrat hat Besseres zu tun, als alle paar Jahre die Besoldung der Lehrpersonen zu diskutieren. Keine anderen Löhne sind auf Gesetzesstufe festgeschrieben.

Der Lehrermangel ist ein wichtiger Grund – wenn auch nicht der einzige – endlich das Versprechen einzulösen und Graubünden vom Ende der Lohnrangliste in die Mitte der Ostschweizerkantone zu holen. Das neue Schulgesetz ist der richtige Ort für eine zukunftsgerichtete Regelung.

Weiterbildung

a) Jährliche Weiterbildungspflicht

Die regierungsrätliche Botschaft will die Weiterbildungspflicht für Lehrpersonen auf 10 Halbtage pro Jahr erhöhen. Den Schulträgerschaften wird es dabei überlassen, ob sie sich an den Kosten der Weiterbildungspflicht beteiligen wollen oder nicht. Der Kanton soll nicht mitfinanzieren.

Vorschlag LEGR: Die Schulträgerschaften übernehmen die Kurskosten und die Spesen.

b) Weiterbildungsurlaub

Die Regierung überlässt es mit einer Kann-Formulierung den Schulträgerschaften, ob sie einen Weiterbildungsurlaub bewilligen wollen. Zudem verhindert die unflexible Zulassungsbedingung, dass Lehrpersonen mit Pensen unter 60% überhaupt in ihrer beruflichen Laufbahn einen Weiterbildungsurlaub erhalten können. Und letztlich will sich der Kanton nur einmalig finanziell an einem Weiterbildungsurlaub beteiligen.

Vorschlag LEGR: Die Schulträgerschaft gewährt Lehrpersonen, die während mindestens 10 Jahren und insgesamt 200 Wochenlektionen bzw. 140 Wochenstunden im Kindergarten unterrichtet haben, einen bezahlten Weiterbildungsurlaub von max. 3 Monaten. Der Kanton beteiligt sich an den Kosten des Weiterbildungsurlaubs.

Begründung

Die Weiterbildung der Lehrpersonen liegt ganz erheblich auch im Interesse des Kantons und der Schulträgerschaft. Mit der Auferlegung einer Kurspflicht von jährlich 10 Halbtagen, welche sich aus obligatorischen Pflichtkursen und Weiterbildung im Rahmen anerkannter Kursanbieter zusam-

men setzt, hat sich die Schulträgerschaft aufgrund der kantonalen Personalgesetzgebung massgeblich an den Kosten zu beteiligen und den Lehrpersonen allenfalls sogar Spesenentschädigungen auszurichten. Die Finanzierung einer Weiterbildungspflicht ist Sache des Arbeitgebers.

Sonderpädagogik

Im Bereich der Sonderpädagogik verweisen wir auf die gross angelegte Umfrage vom Juni 2011 (siehe Schulblatt August 2011) bei allen Bündner Lehrpersonen. Die erarbeiteten Gelingensbedingungen bilden die Grundlage für eine erfolgreiche Integration von Kindern mit besonderem Förderbedarf in die Regelklasse. Eine «kalte Integration» mit fehlender Unterstützung vor Ort ist unverantwortlich und wird von den Bündner Lehrpersonen abgelehnt.

Verschiedene Abklärungen über die Bemessung der Sonderpädagogikpauschale lassen den Schluss zu, dass die Gemeinden in diesem Bereich weniger Gelder erhalten. Dies obwohl die Einführung der integrativen Schule gerade diesen Schulbereich in den Fokus rückt und für alle Beteiligten von grösster Bedeutung ist. Die Pauschalen müssen erhöht werden bzw. von der Finanzkraftregelung ausgenommen werden.

Klassengrösse

Die regierungsrätliche Botschaft nimmt bei der maximalen Klassengrösse (24 Kinder) wie bei der Entlastung bei Klassenleitungsfunktion den Kindergarten aus.

Vorschlag LEGR: Die Schülerinnen und Schüler der Volksschule werden einer

Klasse zugeteilt. Die Richtzahl für die maximale Grösse einklassiger Abteilungen liegt bei 20 Kindern.

Begründung

Die immer unterschiedlicheren Lernvoraussetzungen bei den Schülerinnen und Schülern, zeitgemässe, individualisierende Unterrichtsmethoden, aber auch die verstärkte Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen, verlangen nach angepassten Klassengrössen. Eine der wichtigsten Gelingensbedingungen für wirksamen Unterricht!

Schulleitung

Die Botschaft bleibt auch hier bei einer Kann-Formulierung.

Vorschlag LEGR: Zur Erfüllung der operativen Aufgaben setzen die Schulträgerschaften allein oder zusammen mit anderen Schulträgerschaften Schulleitungen ein.

Begründung

Für einen professionellen Schulbetrieb müssen die operativen und strategischen Aufgaben auch personell klar getrennt werden können. Beispielsweise in der Umsetzung der Integration vor Ort kommen den Schulleitungen wichtige Führungsaufgaben zu.

Verbundaufgabe

Die Botschaft äussert sich nicht dazu.

Vorschlag LEGR: Die Volksschule ist eine Verbundaufgabe zwischen dem Kanton und den Gemeinden.

Begründung

Das Schulgesetz und die dazugehörige Verordnung äussern sich zu den finanziellen Leistungen bzw. Beiträgen und machen Vorgaben zur Ausgestaltung der Schulen. Daraus ist ersichtlich, dass die öffentlichen Schulen eine Verbundaufgabe zwischen Kanton und Gemeinden darstellen. Mit dem neuen Artikel wird dies bekräftigt und nochmals unterstrichen.

Weitere Diskussionspunkte

- gemeinsame Klassenverantwortung bei Stellenteilung 50/50 beibehalten
- 38 Schulwochen beibehalten bzw. Anpassung der Pensen der SchülerInnen: hohe Unterrichtsstundenbelastung, im Vergleich zum schweizerischen Durchschnitt rund 550 Stunden mehr innerhalb der obligatorischen Schulzeit
- besonders auf der Unterstufe ist die Rhythmisierung der Blockzeiten durch Turn-, Musikunterricht oder andere geeignete Betreuungsformen sehr wichtig
- Zwischenzeugnis, Notenzeugnis: starke Betonung der Noten und Wiedereinführung eines Zwischenzeugnisses; dies widerspricht der langjährig aufgebauten Haltung einer ganzheitlichen Förderung und Beurteilung (gfb)
- Modell C: Der Wegfall von Beiträgen für die Mehraufwände dieses Modells gefährden dessen Weiterführung
- ...

Massnahmen zur Stärkung des Lehrberufs – ein Blick über die Kantonsgrenze

Auf Grund der gestiegenen Anforderungen und des veränderten Berufsauftrags für Lehrpersonen sind in verschiedenen Kantonen Massnahmenpakete zur Stärkung der Lehrpersonen in Diskussion oder bereits umgesetzt. Im Folgenden eine kleine Auswahl mit aktuellen Beispielen.



St. Gallen

Bildungsdepartement und Erziehungsrat haben im April 2011 ein Massnahmenpaket zur

Stärkung des Lehrberufs in der Volksschule vorgestellt. Damit soll den gestiegenen Herausforderungen dieses Berufs Rechnung getragen werden.

Schwerpunkt ist unter anderem auch die Senkung der Anzahl Pflichtlektionen für Schülerinnen und Schüler, sowie Lehrpersonen. Das wöchentliche Unterrichtspensum der Primar- und der Oberstufen-Lehrpersonen soll um eine Lektion von 28 auf 27 Lektionen gesenkt werden. Im Weiteren geht es um die Stärkung der Schulleitungen, die Entlastung von unnötiger Administration und Hilfestellungen beim Umgang mit Heterogenität. Mit der Vorlage will der Regierungsrat auch die Weihnachtsferien auf zwei Wochen verlängern.



Appenzel-Innerrhoden

Die Lehrerinnen und Lehrer im Kanton Appenzel Innerrhoden

erhalten im laufenden Schuljahr 2,2 Prozent mehr Lohn: Die Standeskommission (Regierung) hat die von der Schulpräsidentenkonferenz Ende Juni beschlossene Lohnanpassung genehmigt. Damit soll der lohnmäßige Anschluss an St. Gallen vorläufig gelingen.

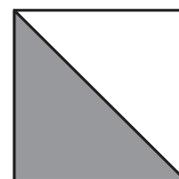


Aargau

Auf den 1. August 2011 trat die im Mai vom Grossen Rat beschlossene Revision des Lohn-

dekrets Lehrpersonen in Kraft. Dadurch erhöhen sich die Einstiegs- und Lebenslöhne für fast alle Lehrpersonen. Zudem steigt der Lohn in den ersten Berufsjahren stärker an als bisher. Die zusätzlich beschlossenen Entlastungsmassnahmen werden auf das Schuljahr 2012/13 in Kraft treten. Insgesamt belaufen sich die Kosten dieser Revision auf 50 Millionen Franken jährlich. Der Kanton stärkt mit diesen Massnahmen seine Position im interkantonalen Lehrpersonenstellenmarkt. Die Massnahmen konkret:

- Entschädigung der Klassenführung
- Anhebung der meisten Positionslöhne
- Beseitigung der Wartejahre und steilerer Lohnanstieg in den ersten 15 Jahren
- Plausibles Arbeitszeitmodell mit Flexibilisierungsmöglichkeiten
- Reduktion der Pflichtlektionen auf der Primarstufe
- Frühere Reduktion der altersabhängigen Jahresarbeitszeit



Zürich

In Zürich läuft aktuell eine Vernehmlassung mit Massnahmen der Bildungsdirektion um die

Lehrpersonen zu entlasten. Die Vorschläge basieren auf dem Projekt «Belastung - Entlastung im Schulfeld», das die Bildungsdirektion des Kantons Zürich 2009/2010 gemeinsam mit allen Akteuren der Schule durchgeführt hat.

Ein zentraler Vorschlag ist, die Zahl der Wochenlektionen für alle Schülerinnen und Schüler um eine oder zwei Lektionen zu senken. Von den damit gewonnenen Ressourcen könnten in erster Linie Klassenlehrpersonen, besonders belastete Lehrpersonen und Schulleitungen profitieren, ohne dass zusätzliche finanzielle oder personelle Ressourcen beansprucht werden müssten. Anvisiert wird dabei eine Unterrichtsverpflichtung für Klassenlehrpersonen von 26 Lektionen pro Woche. Aber bereits vorgängig wurden deutliche Schritte zur Verbesserung der Anstellungsbedingungen der Lehrpersonen unternommen: Mitte November 2010 hat der Kantonsrat die Löhne der Zürcher Lehrpersonen insbesondere bei den Neueinsteigern massiv nach oben angepasst. Im Juli 2011 beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat, die Neuregelung der Zulage an die Lehrpersonen zu genehmigen. Neu könnten grundsätzlich alle Lehrpersonen in den Genuss einer Zulage kommen, wenn sie an einer Klasse mit schwierigen Verhältnissen unterrichten.

Kommentar zum Schulgesetz

Als ich vor ziemlich genau vier Jahren als Leiter der Geschäftsstelle LEGR die Arbeit aufgenommen habe, begann ich nicht nur einen neuen Job. Ich wechselte die Branche und wurde vom Unternehmer zum Angestellten. Vorher führte ich ein kleines Consulting-Team, das sich unter anderem im Tourismus und in der Regionalentwicklung bewegte.

VON JÖRI SCHWÄTZEL, LEITER DER GESCHÄFTSSTELLE LEGR

Mir ist der Wechsel in die Bildungsbranche sehr wohl bekommen. Am glücklichsten bin ich über den Kundenwechsel. Denn nun sind meine «Kunden» Lehrpersonen. Und da gibt es interessante Unterschiede zum Touristiker:

- Fast alle Lehrpersonen sind hoch engagiert, Tag für Tag. Im Tourismus spürte ich echtes Engagement nur von einer Minderheit.
- Innovation ist etwas, worüber Touristiker gerne reden. Im Unterricht und bei dessen Vorbereitung ist die ständige Innovation schlicht und einfach im Alltag eingebettet.
- Aussagen über schlechte Rahmenbedingungen hört man beiderseits. Die Touristiker klagen lauter und die Lehrpersonen kritisieren qualifizierter.

Die Frage, die ich mir immer wieder stelle: Warum wird Lehrpersonen immer wieder nachgesagt, sie würden ständig jammern und müssten wenig arbeiten?

Zur Arbeit: Wir wissen, dass Lehrpersonen heute immer stärker herausgefordert werden, auch zeitlich. Allein in den Jahren zwischen 1999 und 2009 wuchs die jährliche Arbeitszeit zum Beispiel bei den Primarlehrpersonen um über 160 Stunden. Von den sogenannten «Ferientechnikern» erhalte ich viele E-Mails kurz vor Mitternacht, nachdem sie die Unterrichtsvorbereitung abgeschlossen haben, und andere E-Mails kommen morgens kurz nach sieben Uhr, wenn die Lehrpersonen im Schulhaus die letzten Aufgaben vor Unterrichtsbeginn anpacken. Nicht nur Zwingli hätte da seine Freude. Auch dem Unternehmer springt das Herz vor Freude, wenn seine Mitarbeitenden sich derart mit der Firma identifizieren und keinen Aufwand scheuen.

Klar, es ist Bestandteil meines Jobs, den anrufenden Lehrpersonen zuzuhören, wenn sie zu sehr drangsaliert werden. Was mir daran gefällt, ist, dass diese «Klagen» meist klar belegbare Feststellungen sind. Diese Lehrpersonen stellen kurz und bündig fest, wo ein Problem liegt und wie dieses eigentlich zu lösen wäre, hätten sie nur die Freiheit dazu. Es fehlt ihnen die unternehmerische Freiheit, die dem Touristiker gegeben wäre.

In Anbetracht der Tatsache

- dass die Schule mit immer mehr gesellschaftlichen Aufgaben betraut wird, weil sonst niemand dazu bereit ist;
- dass der Lehrerberuf ein Burn-out-Risiko darstellt und eine Abgrenzung zum Privatleben kaum zulässt;
- dass das Kerngeschäft «Unterricht» nur noch mit Überzeit zufriedenstellend betrieben werden kann;
- dass der Lohn der Lehrpersonen zwar ausreichend ist, jedoch hinter anderen Berufen mit Hochschulabschluss daher-



kommt und auch hinter dem der Lehrpersonen anderer Kantone;

- dass die Lohnentwicklung seit 1976 durchschnittlich 34% hinter den anderen Berufen zurückliegt;
- dass Lehrpersonen kaum eine aufsteigende Karriere möglich ist (mit deutlicher Lohnsteigerung);
- dass die Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen in die Regelklassen ohne Erhöhung der kantonalen Mittel für die Integration umgesetzt werden soll;
- dass über die Hälfte der Bündner Lehrpersonen auf Besitzstandswahrung gesetzt werden soll und damit jegliche Lohnperspektive verlieren – nicht mal einen Teuerungsausgleich;

...dann gibt es eigentlich nur ein Mittel, das Jammer-Image abzugeben:

Sich politisch engagieren!